08.11.2024

PM zum Volksantrag

Nicht ohne unsere Realschulen!

Verbindliche Grundschulempfehlung für alle, weil ein wirtschaftlich starkes Baden-Württemberg leistungsstarke Schülerinnen und Schüler der Realschulen braucht!“

Was ist passiert?

Im Zusammenhang mit einer flächendeckenden Wiedereinführung von G9 sahen im Frühsommer dieses Jahres alle Bildungsbeteiligten Handlungsbedarf! Die Sorge, dass ohne Verbindlichkeit bei der Grundschulempfehlung, G9 womöglich Auswirkungen auf sämtliche andere Schularten hätte, stand im Raum. Und so wurde die Koalitionsvereinbarung, in dieser Legislaturperiode keine Strukturveränderungen vorzunehmen, von der Regierung schlicht fallen gelassen.
Vertreter der Realschulen setzten große Hoffnungen in eine intelligente und sinnvolle Lösung für das gegliederte Schulsystem. Letztendlich wären mit einer verbindlichen Grundschulempfehlung und der Rückkehr zu G9 gleichzeitig zwei fatale politische Fehler der Bildungspolitik in Baden-Württemberg korrigiert worden!

Was bemängeln wir?

Das nun geplante Schulgesetz sieht die verbindliche Grundschulempfehlung bislang nur für die Gymnasien vor. Es wird einen Potentialtest an den Gymnasien geben, an dem Kinder teilnehmen können, wenn die Eltern nicht mit dem Ergebnis der Grundschulempfehlung einverstanden sind. Das Ergebnis dieses Tests ist dann für die Eltern verbindlich. Diese Regelung fordern wir entsprechend für die Realschulen!
Diese Regelung für alle Schularten wäre der logische, unkomplizierte, zukunftsorientierte und noch dazu kostenneutrale nächste Schritt! Eine Verbindlichkeit für die Realschulen regelt gleichzeitig auch den Zugang zu den Hauptschulen und Werkrealschulen, gilt somit für alle Schularten des gegliederten Schulsystems und sichert deren Existenz und Eigenständigkeit. Seit Jahren wird diese für Qualität von Unterricht und Schule so wichtige Verbindlichkeit, unterlegt von schlagenden Argumenten, Studien und wissenschaftlichen Belegen, von der Schulpraxis gefordert. Warum wird diese Gelegenheit ‚ausgespart‘?

Argumente:

Die Regierung argumentiert, es gäbe zu wenig Plätze für hautschulempfohlene Kinder, um die Verbindlichkeit für alle Schularten einzuführen. Das ist falsch! Es gibt in Baden-Württemberg noch 229 Haupt- und Werkrealschulen und 323 Gemeinschaftsschulen, die das Hauptschulniveau in ihrem Konzept von Gründung an integriert haben (viele davon von der Schülerzahl nicht ausgelastet). Gerade die Haupt- und Werkrealschulen leisten hervorragende pädagogische Arbeit und sind in einem sinnvoll gegliederten Schulsystem die logische Ergänzung von Gymnasium und Realschule für die leistungsschwächeren, praktisch begabten Kinder. Außerdem sind Realschulen dazu bereit, einen gesonderten Hauptschulzug einzurichten, wo keine Hauptschule mehr in der Nähe ist. Die Argumentation, es gäbe zu wenig Schulplätze für hauptschulempfohlene Kinder, ist damit hinfällig. Warum will die Regierung diesen konsequenten Schritt nicht gehen?

Dazu kommt:

Während die Gymnasien ein Jahr länger für akademische Bildung und dafür Ressourcen bekommen und den Gemeinschaftsschulen deutliche Zugeständnisse in Richtung einer, sonst von den Schülerzahlen her nicht möglichen, Oberstufe gemacht werden, werden die Realschulen und Werkrealschulen nach 2012 erneut zum Opfer einer Vereinheitlichung immensen Ausmaßes. Die Abschaffung des Werkrealschulabschlusses und die Aufforderung zu Verbünden schaffen an vielen Orten neue strukturelle Probleme, mit denen Schulen und Kommunen ohne Ressourcen allein gelassen werden. Diese Probleme haben mit Pädagogik nichts zu tun und ziehen die dafür notwendigen Kräfte ab.

Folgen für das Schulsystem:

Eine einzige ‚Säule' neben dem Gymnasium soll es für alle anderen Kinder geben, in der nicht mehr nach den Leistungsmöglichkeiten und Begabungen der Kinder unterschieden wird.

„Diese Vereinheitlichung aller Sekundarschulen neben dem Gymnasium im Windschatten von G9 ist nicht ein simpler Kompromiss, wie man es uns weiszumachen versucht. Dieser Schritt bedeutet eine Transformation des Schulsystems in Baden-Württemberg, weg von einer Vielfalt der unterschiedlichen Schularten für unterschiedliche Kinder in eine radikale Zweiteilung bzw. Spaltung der akademischen und beruflichen Bildung mit absehbar weitreichenden Folgen. Alles, was das Schulsystem in Baden-Württemberg je erfolgreich gemacht hat, wird mit dieser Reform, ohne dass je ein Bürger dazu befragt wurde, endgültig beerdigt," so die Landesvorsitzende Dr. Karin Broszat

Folgen für das Land:

Wenn das differenzierte Schulsystem vereinheitlicht wird, verschwinden Realschulen und Werkrealschulen, mit ihnen verschwinden der Mittelstand und Wohlstand sowie die qualitativ hochstehende berufliche Bildung, die Baden-Württemberg einstmals zum so erfolgreichen und vielfältigen Bildungsland und Wirtschaftsstandort gemacht

haben. Das wird allen Bürgern Baden-Württembergs, ob jung oder alt, schwer auf die Füße fallen.

„Dass die Schularten zunächst ihre Namen behalten, so dass sich für den Bürger nichts zu ändern scheint, ist Rosstäuscherei. Denn die Schularten verlieren ohne Differenzierung ihr Profil und können der Qualifizierung unserer unterschiedlichen Kinder im Land nicht mehr in der angemessen hohen Qualität gerecht werden. Die Zweiteilung der Kinder in Gymnasiasten und den ‚Rest' führt in eine künstlich geschaffene ‚Mobilitätsfalle' für Kinder, die nicht entsprechend ihren Leistungsmöglichkeiten gefördert werden. Einer erfolgreichen Aufsteigerschule wie der Realschule die Möglichkeit zu entziehen, von Anfang an mit ihren Schülern konsequent auf mittlerem Leistungsniveau zu arbeiten, rächt sich heute schon bitter", bemerkt dazu Dr. Karin Broszat

Seit Jahren werden stabile Strukturen, welche die Qualität der Schularten sichern, nachhaltig zerstört. Lehrkräfte aber brauchen ein realistisches, pragmatisches und sinnvoll aufeinander aufbauendes Schulsystem, um ungestört von wechselnden ideologischen Hirngespinsten, ihre tägliche Arbeit des Unterrichtens und Erziehens unserer unterschiedlichen Kinder professionell ausüben können. Im vergangenen Schuljahr haben 470 Lehrkräfte in Baden-Württemberg ihren Beruf gekündigt. Das sind 20% mehr als noch vor zwei Jahren. Die Krankheitsquoten, und damit der Unterrichtsausfall für die Kinder, steigen beängstigend. Diese Lehrkräfte können nicht einfach durch Quereinsteiger ersetzt werden. Zusätzlich vergeht den potenziellen Anwärtern immer mehr die Lust an einem indifferenten Berufsbild.

„Zweifelhafte Assistenzberufe werden kreiert um Betreuung, Unterricht und inklusive Tätigkeiten in Zukunft ‚sichern' zu können ohne wirklich Qualität in Form möglichst qualifizierter und durch klare Strukturen und Aufgaben motivierter Personen in Schulen zu bringen. Wenn Strukturen klar und Aufgaben wieder realistisch zu bewältigen sind, findet sich auch wieder Personal. ‚Fachkräftemangel' bedeutet ja nicht, dass keine Menschen vorhanden sind. Es bedeutet, dass bestimmte spezialisierte Tätigkeiten nicht genügend Nachwuchs finden, weil sie derzeit nicht attraktiv sind. Was ist sinnstiftender als die kommenden Generationen von Menschen beim Aufwachsen und Lernen zu unterstützen? Hauptproblem ist, dass Schule quasi traditionell mehr Spielball ideologischer Ideen ist als Leuchtturm in der Brandung", so Michael Mittelstaedt

<u>Stand der Dinge</u>

Die CDU, die früher als felsenfeste Verfechterin des Mittelstands im Land galt, scheint trotz Protesten, auch aus den eigenen Reihen, ihren Einheitsschulfrieden mit den Grünen, innerhalb der Regierung, gefunden zu haben: Eine einzige ‚Säule' neben dem Gymnasium soll es ab jetzt für alle anderen unterschiedlichen Kinder geben. Das Gesetz war in der Anhörungsphase und soll Ende Januar mit der Mehrheit von Grünen und CDU im Landtag verabschiedet werden. Einer weiteren Vereinheitlichung bis hin zur Einheitsschule (wenn alle Schulen gleich heterogen sind) ist mit diesem Gesetz Tür und Tor geöffnet.

Hinter den Kulissen:

Jenseits medialer Aufmerksamkeit werden gerade schon, noch ohne gesetzliche Grundlage, für die Schulen vom grünen Kultusministerium Fakten geschaffen, denn Ende Januar soll das Gesetz im Landtag mit der Mehrheit von Grünen und CDU durchgewunken werden. Ebenso im Hintergrund hat eine Gruppe, dem Kultusministerium nahestehender ‚Bildungsexperten', großzügig unterstützt von der BOSCH-Stiftung, das Konzept ‚Neue Sekundarschule' entworfen. Eine Einheitsschule für alle nichtgymnasialen Kinder mit einer verbindlichen Ganztagesschule, die alle Herausforderungen von Inklusion bis Talentförderung, selbstverständlich mit nie ausgehenden Ressourcen und genügend Personal, in Zukunft meistern soll. Déjà-vu gefällig? - Das hatten wir alles schon einmal!

„Bei Strukturveränderungen dieses Ausmaßes kann es doch nicht darum gehen, vermeintliche Erfolge an immer den gleichen Experimentalschulen ideologisch schön zu tanzen und zu feiern oder Konzepte aus anderen Kulturräumen unreflektiert kopieren zu wollen – hier gilt es zu verhindern, dass der größte Teil des Schulsystems nicht hilflos dem Chaos des kommunalen Finanzierungskannibalismus ausgeliefert wird. Faktische, d.h. evaluierte und mittels klarer Kriterien vergleichbare Qualität statt gefühlter Qualität und klare Strukturen müssen wieder im Fokus stehen", bemerkt Michael Mittelstaedt

Was wollen die Menschen in Baden-Württemberg wirklich?

Diese Frage hat die Initiatoren des Volksantrags beschäftigt. Michael Mittelstaedt, Vorsitzender des 19. Landeselternbeirats und Vorsitzender des Landesbildungsrats e.V. hat unsere Fragen in seinem Netzwerk an 12.000 Eltern, aus allen Schularten und über ganz Baden-Württemberg verstreut, gestellt und eindeutige Antworten bekommen.

„Mehr als 2/3 der Deutschen halten es für die Zukunft des Landes wichtig, dass wir ein hervorragendes Bildungssystem haben (77%[1]), dass wir genügend qualifizierte Fachkräfte haben (79%[1]) und dass alle Kinder gleiche Bildungschancen haben (68%[1]). Die Bedeutung von Allgemeinbildung und vielfältigen Abschlüssen in unserer Gesellschaft steht für über 80% der Befragten Baden-Württemberger Eltern außer Frage[2]. 87%[3] der Eltern wünschen sich ein Bildungssystem in dem die Realschule als eigenständige Säule besteht.
Was daran verstehen die verantwortlichen Politikerinnen und Politiker quer über das Parteienspektrum nicht? Ein bildungs- und damit wirtschaftsschwaches Land spielt keinerlei Rolle und wird zunehmend nach unten durchgereicht. Sogar 1953 war bereits klar, dass „jeder junge Mensch [...] ohne Rücksicht auf Herkunft und wirtschaftliche Lage das Recht auf eine seiner Begabung entsprechende Erziehung und Ausbildung"[4] hat", erläutert Michael Mittelstaedt zu seiner Umfrage.

[1]IfD-Umfrage 12088/9253
[2]LaBiRa-Umfrage 10-23, 8400 Befragte
[3]LaBiRa-Umfrage 10-24, 10600 Befragte
[4]Artikel 11(1) der Landesverfassung von Baden-Württemberg

Wir finden: Jetzt ist Schluss! Das ideologisch motivierte Herumexperimentieren an mittlerweile Generationen von Kindern in Baden-Württemberg muss endlich einmal ein Ende finden!

Wir sind der Überzeugung, dass die Bürger Baden-Württembergs diese Transformation in ein Zweisäulensystem nicht wollen.

Deswegen starten wir mit vielen weiteren Unterstützern im Hintergrund den Volksantrag:

„Nicht ohne unsere Realschulen! Verbindliche Grundschulempfehlung für alle, weil ein wirtschaftlich starkes Baden-Württemberg leistungsstarke Schülerinnen und Schüler der Realschulen braucht!“

Den genauen Wortlaut unseres Volksantrags mit Gesetzentwurf, Begründung und viele weitere Informationen finden Sie ab Montag, auf der Homepage des Realschullehrerverbands (RLV) www.rlv-bw.de

Die Unterschriftensammlung beginnt mit Ablauf der Frist und der Veröffentlichung im Staatsanzeiger am 25. November 2024!

Schon heute fordern wir die Baden-Württemberger aktiv dazu auf, ab dem 25. November „ihren Senf“ dazuzugeben! Mit rund 39.000 Stimmen muss der Gesetzesentwurf im Landtag behandelt werden. Wir sind sicher, dass sich sehr viele Menschen an unserer Aktion beteiligen werden. Schließlich steht JETZT die Bildung Baden-Württembergs auf dem Spiel!